

165824-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Elektronischer, elektromechanischer und elektrotechnischer Bedarf – Busdepot u. Betriebshof, Ladeinfrastruktur für Elektrobusse - Beschaffung der elektronischen Ladeinfrastruktur

OJ S 48/2026 10/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bad Homburg v. d. Höhe - Der Magistrat, Fachbereich Recht - Vergabestelle -

E-Mail: vergabestelle@bad-homburg.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Busdepot u. Betriebshof, Ladeinfrastruktur für Elektrobusse - Beschaffung der elektronischen Ladeinfrastruktur

Beschreibung: Herstellung der Ladeinfrastruktur für Elektrobusse am neuen Busdepot und am Betriebshof - Beschaffung der elektronischen Ladeinfrastruktur

Kennung des Verfahrens: fba347cd-74b0-460a-8308-598f58c64ce8

Interne Kennung: HG-2026-0038

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 31700000 Elektronischer, elektromechanischer und elektrotechnischer Bedarf

Zusätzliche Einstufung (cpv): 31711100 Elektronische Bauteile, 31158100 Batterieladegeräte

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bad Homburg v. d. Höhe

Postleitzahl: 61352

Land, Gliederung (NUTS): Hochtaunuskreis (DE718)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Beteiligung am Teilnahmewettbewerb erfolgt mit Einreichung eines (formlosen) Teilnahmeantrags sowie den geforderten Nachweisen und Erklärungen; vgl. Anlage 6 "Checkliste".

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Busdepot u. Betriebshof, Ladeinfrastruktur für Elektrobusse - Beschaffung der elektronischen Ladeinfrastruktur

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung ist die Planung, Lieferung, Montage und Inbetriebnahme der Stromversorgungs- und Ladeinfrastruktur für den Betrieb von insgesamt 15 batterieelektrischen Bussen im Stadtbusverkehr der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe. Die Ladeinfrastruktur wird als Depotladelösung an zwei Standorten errichtet: vier Ladepunkte auf dem bestehenden Betriebshof (Nehringstraße) sowie elf Ladepunkte auf einem separaten Gelände (Werner-Reimers-Straße). Der Leistungsumfang umfasst sämtliche Komponenten zwischen dem Übergabepunkt des Energieversorgungsnetzes und dem Fahrzeugkontaktsystem, einschließlich Ladegeräten, insgesamt 15 Ladepunkten mit CCS-Combo-2-Schnittstelle, Kabelverbindungen, Transport und Anlieferung aller Anlagenkomponenten sowie deren Montage und Inbetriebnahme. Weiterhin beinhaltet die Leistung alle erforderlichen baulichen Maßnahmen für die Errichtung der Anlagen und die Kabelverlegung mit Ausnahme des Tiefbaus, der durch den Auftraggeber erfolgt. Zusätzlich ist ein Backend-System zur Überwachung, Steuerung und Fernwartung der Ladeinfrastruktur bereitzustellen. Außerdem sind Leistungen im Rahmen eines Wartungs- und Instandhaltungsvertrag zu erbringen. Optional umfasst der Leistungsumfang die Bereitstellung der Stromversorgungsinfrastruktur in Form von Trafostationen an beiden Standorten.
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 31700000 Elektronischer, elektromechanischer und elektrotechnischer Bedarf

Zusätzliche Einstufung (cpv): 31711100 Elektronische Bauteile, 31158100 Batterieladegeräte

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Von Seiten des Auftraggebers besteht ein Optionsrecht auf Vertragsverlängerung bezüglich des Wartungs-/Instandhaltungsvertrags nach Ablauf von 72 Monaten für 3 x 24 Monate.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 31/07/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2032

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 3

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: 1. Die vom Bieter zur Verfügung gestellten Informationen und Daten werden im Rahmen der DSGVO erfasst, organisiert, gespeichert und verwendet.

Auftraggeber, Verfahrensbetreuer und ggf. weitere beteiligte Behörden verwenden diese Daten ausschließlich für dieses Verfahren. Die Abgabe einer Datenschutzerklärung ist Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes des Bieters. 2. Als Auswirkungen des

5. Sanktionspakets gegen Russland sind aufgrund der EU-Verordnung 2022/576 Erklärungen zu eventuell bestehenden Verbindungen mit Russland (Personen, Unternehmen, Lieferanten,...) abzugeben. Es sind die entsprechenden Eigenerklärungen (2 Teile) zu Art. 5k der o. g. EU-Verordnung mit dem Angebot einzureichen. 3. Die Vergabeunterlagen werden nur elektronisch als kostenloser Download über die Vergabeplattform der eHAD unter www.had.de zur Verfügung gestellt. Es erfolgt kein schriftlicher Versand von Vergabeunterlagen. 4. Fragen zu den Vergabeunterlagen können nur bis 1 Woche vor dem Eröffnungstermin über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform der eHAD gestellt werden. Danach eingehende Fragen können nicht mehr beantwortet werden.

5. Sanktionspakets gegen Russland sind aufgrund der EU-Verordnung 2022/576 Erklärungen zu eventuell bestehenden Verbindungen mit Russland (Personen, Unternehmen, Lieferanten,...) abzugeben. Es sind die entsprechenden Eigenerklärungen (2 Teile) zu Art. 5k der o. g. EU-Verordnung mit dem Angebot einzureichen. 3. Die Vergabeunterlagen werden nur elektronisch als kostenloser Download über die Vergabeplattform der eHAD unter www.had.de zur Verfügung gestellt. Es erfolgt kein schriftlicher Versand von Vergabeunterlagen. 4. Fragen zu den Vergabeunterlagen können nur bis 1 Woche vor dem Eröffnungstermin über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform der eHAD gestellt werden. Danach eingehende Fragen können nicht mehr beantwortet werden.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Die Errichtung von Ladesäulen steht im Zusammenhang mit der Beschaffung von Elektrobussen im Zuge der Ausschreibung der Busverkehrsdienstleistungen der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Darstellung und Nachweis von mindestens 3 erfolgreichen (mit erfolgter Abnahme durch den Referenzbeauftragter) Referenzen des

Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft über die in den letzten 5 Jahren (Stichtag: Ablauf der Teilnahmefrist) erbrachten Leistungen zur Lieferung von Ladeinfrastruktur für Elektrobusse, die jeweils mindestens alle folgenden Kriterien (a) bis (e) erfüllen: a. Lieferung und Abnahme von mindestens 15 Ladepunkten mit einer Ladeleistung von jeweils mindestens 150 kW. b. Lieferung, Wartung und Instandhaltung der hierzu notwendigen Stromversorgungs- und Ladeinfrastruktur (Transformator, Netztechnik, Ladegeräte, Satelliten, Kopplungstechnik, Leistungs- und Kommunikationskabel, etc.). c. für den Betrieb im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) innerhalb der Europäischen Union (EU), des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder der Schweiz. d. Erfolgreiche Anbindung der Ladepunkte an Backendsystem (Lademanagementsystem) eines anderen Herstellers und an Fahrzeuge sowie Steuerung der Ladepunkte, und zwar über OCPP und entsprechend VDV-Schrift 261 oder gleichwertig (keine proprietäre Schnittstelle). Erfolgreiche Steuerung der Fahrzeug-Vorkonditionierung durch das angebundene Backend über die ausgelieferten Ladepunkte, und zwar entsprechend VDV-Schrift 261 oder gleichwertig (keine proprietäre Schnittstelle). e. Erfolgreicher Betrieb der Stromversorgungs- und Ladeinfrastruktur durch den Referenzbeauftragter und kontinuierliche Instandhaltung durch den Bewerber, beides für mindestens 2 Jahre (zum Stichtag: Ablauf der Teilnahmefrist). Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die Auftraggeberin behält sich vor, jederzeit während des Vergabeverfahrens vom Bewerber /Bieter die geforderten Nachweise ganz oder zum Teil zu verlangen. In jedem Fall wird die Auftraggeberin die Eignungsnachweise von dem Bieter, an den er den Zuschlag erteilen will, anfordern, es sei denn, es läge ein Ausnahmefall nach § 50 Abs. 3 VgV vor. Eignungsnachweise können auch im Rahmen ihres Erklärungsumfangs durch das Zertifikat des "Hessischen Präqualifikationsregisters" oder vergleichbare Zertifikate erbracht werden.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorlage des Formblatts VHB 235 sowie Eintragung in Formblatt 124-Hessen - Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen.

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Umweltmanagementsysteme oder -standards

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis eines Umweltmanagementsystems nach DIN EN ISO 14001 oder eines gleichwertig zertifizierten Umweltmanagementsystems oder eines eigenen Umweltsicherungssystems, welches den Grundsätzen dieser Umwelt-Zertifizierung entspricht. Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die Auftraggeberin behält sich vor, jederzeit während des Vergabeverfahrens vom Bewerber/Bieter die geforderten Nachweise ganz oder zum Teil zu verlangen. In jedem Fall wird die Auftraggeberin die Eignungsnachweise von dem Bieter, an den er den Zuschlag erteilen will, anfordern, es sei denn, es läge ein Ausnahmefall nach § 50 Abs. 3 VgV vor. Eignungsnachweise können auch im Rahmen ihres Erklärungsumfangs durch das Zertifikat des "Hessischen Präqualifikationsregisters" oder vergleichbare Zertifikate erbracht werden.

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001 oder eines gleichwertig zertifizierten Qualitätsmanagementsystems oder

eines eigenen Qualitätssicherungssystems, welches den Grundsätzen dieser QM-Zertifizierung entspricht. Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die Auftraggeberin behält sich vor, jederzeit während des Vergabeverfahrens vom Bewerber/Bieter die geforderten Nachweise ganz oder zum Teil zu verlangen. In jedem Fall wird die Auftraggeberin die Eignungsnachweise von dem Bieter, an den er den Zuschlag erteilen will, anfordern, es sei denn, es läge ein Ausnahmefall nach § 50 Abs. 3 VgV vor. Eignungsnachweise können auch im Rahmen ihres Erklärungsumfangs durch das Zertifikat des "Hessischen Präqualifikationsregisters" oder vergleichbare Zertifikate erbracht werden.

Kriterium: Sicherheit bei der Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von klassifizierten Informationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vorlage der Datenschutzerklärung nach DSGVO

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadensfall: - Personenschäden: 10 Mio. €, - Sach- und Vermögensschäden: 10 Mio. €. Die Versicherungssummen müssen für mindestens zwei Schadensereignisse pro Versicherungsjahr in voller Höhe zur Verfügung stehen (2-fache Maximierung). Der Nachweis ist durch eine aktuelle Bestätigung des Versicherers (nicht älter als 6 Monate) zu führen. Hinweis: Sofern die aktuelle Deckungssumme des Bewerbers die geforderten Beträge unterschreitet, ist dem Teilnahmeantrag eine unverbindliche Erklärung des Versicherers beizufügen. Aus dieser muss hervorgehen, dass der Versicherungsschutz im Falle der Auftragserteilung auf die geforderten Summen erhöht wird. Ein Nachweis über die tatsächlich erfolgte Erhöhung muss spätestens vor der Zuschlagserteilung vorgelegt werden. Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die Auftraggeberin behält sich vor, jederzeit während des Vergabeverfahrens vom Bewerber/Bieter die geforderten Nachweise ganz oder zum Teil zu verlangen. In jedem Fall wird die Auftraggeberin die Eignungsnachweise von dem Bieter, an den er den Zuschlag erteilen will, anfordern, es sei denn, es läge ein Ausnahmefall nach § 50 Abs. 3 VgV vor. Eignungsnachweise können auch im Rahmen ihres Erklärungsumfangs durch das Zertifikat des "Hessischen Präqualifikationsregisters" oder vergleichbare Zertifikate erbracht werden.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Vgl. Formulare "Erklärung_Artikel5k_2022-576" und "Erklärung_Artikel5k_2022-576_EL-NU-L": Als Auswirkungen des 5. Sanktionspakets gegen Russland sind aufgrund der EU-Verordnung 2022/576 Erklärungen zu eventuell bestehenden Verbindungen mit Russland (Personen, Unternehmen, Lieferanten,...) abzugeben. Es sind die entsprechenden Eigenerklärungen (2 Teile) zu Art. 5k der o. g. EU-Verordnung mit dem Angebot einzureichen. ----- Sonstige Nachweise - sofern einschlägig: Eignungsleihe: Falls ein Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen möchte, hat er nachzuweisen, dass ihm die für die Erbringung der Leistungen erforderlichen Mittel dieser Unternehmen tatsächlich zur Verfügung stehen

werden. Hierzu hat er eine Verpflichtungserklärung (VHB 236) dieser Unternehmen vorzulegen (Eigenerklärung). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Das andere Unternehmen muss die Verpflichtungserklärung in Form einer verbindlichen Zusage abgeben, die der Vergabestelle vorzulegen ist. Nimmt ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so wird eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt. Die Anforderungen gelten für Einzelbewerber und Bewerbergemeinschaften gleichermaßen.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es wird ein durchschnittlicher Mindestjahresumsatz bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre in Höhe von netto 2.500.000 EUR/Jahr zwingend gefordert (Mindestanforderung). Bewerber/ Bewerbergemeinschaften, die nicht über diesen Mindestjahresumsatz verfügen, weisen nicht die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit auf. Vgl. auch Anlage 4 "Zusätzliche Anforderungen zur Beurteilung der Eignung". Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die Auftraggeberin behält sich vor, jederzeit während des Vergabeverfahrens vom Bewerber/Bieter die geforderten Nachweise ganz oder zum Teil zu verlangen. In jedem Fall wird die Auftraggeberin die Eignungsnachweise von dem Bieter, an den er den Zuschlag erteilen will, anfordern, es sei denn, es läge ein Ausnahmefall nach § 50 Abs. 3 VgV vor. Eignungsnachweise können auch im Rahmen ihres Erklärungsumfangs durch das Zertifikat des "Hessischen Präqualifikationsregisters" oder vergleichbare Zertifikate erbracht werden.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eintragung im Formblatt "124 LD Eigenerklärung zur Eignung Liefer-u. Dienstleistungen" - Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen. Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist, sofern der Bewerber in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bewerber: oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen. Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die Auftraggeberin behält sich vor, jederzeit während des Vergabeverfahrens vom Bewerber/Bieter die geforderten Nachweise ganz oder zum Teil zu verlangen. In jedem Fall wird die Auftraggeberin die Eignungsnachweise von dem Bieter, an den er den Zuschlag erteilen will, anfordern, es sei denn, es läge ein Ausnahmefall nach § 50 Abs. 3 VgV vor. Eignungsnachweise können auch im Rahmen ihres Erklärungsumfangs durch das Zertifikat des "Hessischen Präqualifikationsregisters" oder vergleichbare Zertifikate erbracht werden.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eintragung im Formblatt "124 LD Eigenerklärung zur Eignung Liefer-u. Dienstleistungen" - Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen. Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der

Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist, sofern der Bewerber in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bewerber: oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen. Zum vorläufigen Beleg der für dieses Vergabeverfahren aufgestellten Anforderungen an die Eignung und hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin im Rahmen ihres Erklärungsumfangs die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die Auftraggeberin behält sich vor, jederzeit während des Vergabeverfahrens vom Bewerber /Bieter die geforderten Nachweise ganz oder zum Teil zu verlangen. In jedem Fall wird die Auftraggeberin die Eignungsnachweise von dem Bieter, an den er den Zuschlag erteilen will, anfordern, es sei denn, es läge ein Ausnahmefall nach § 50 Abs. 3 VgV vor.

Eignungsnachweise können auch im Rahmen ihres Erklärungsumfangs durch das Zertifikat des "Hessischen Präqualifikationsregisters" oder vergleichbare Zertifikate erbracht werden.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept

Beschreibung: Qualität der Leistungserbringung; vgl. Anlage 1 "Leistungsbeschreibung", Anlage 2 "Bewertungskriterien" und Anlage 5 "Konzeptabfragen".

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Angebotspreis; vgl. Anlage 3 "Preisblatt"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19cc23c216d-7eb5eeb3afaa6264

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 16/04 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.had.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/04/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen, die der Bewertung des Teilnahmeantrags bzw. des Angebots zugrunde liegen, ist ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Sofern die Realisierung der Kompaktstationen bis zur Inbetriebnahme der Elektrobusse bis 01.01.2027 nicht möglich ist, ist für den Übergangszeitraum eine temporäre Stromversorgung je Standort sicherzustellen (z. B. in Form einer mobilen Containerlösung). Die temporären Lösungen müssen den TAB sowie allen weiteren gesetzlichen und technischen Vorschriften für einen normativen Betrieb erfüllen.

Details vgl. Ziff. 5.8 der Anlage 1 Leistungsbeschreibung.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform.

Finanzielle Vereinbarung: Gem. Vergabe-/Vertragsunterlagen bzw. VOL/B.

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Antrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB). Ein Antrag ist unzulässig, wenn Verstöße gegen Vergabevorschriften, die auf Grund dieser Bekanntmachung (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB) oder in den Vergabeunterlagen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 GWB) erkennbar sind, nicht bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen. Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Bad Homburg v. d. Höhe - Der Magistrat, Fachbereich Recht - Vergabestelle -

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Bad Homburg v. d. Höhe - Der Magistrat, Fachbereich Recht - Vergabestelle -

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bad Homburg v. d. Höhe - Der Magistrat, Fachbereich Recht - Vergabestelle -

Registrierungsnummer: 30.2

Postanschrift: Bahnhofstraße 16 - 18

Stadt: Bad Homburg v. d. Höhe

Postleitzahl: 61352

Land, Gliederung (NUTS): Hochtaunuskreis (DE718)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@bad-homburg.de

Telefon: +49 61721003099

Fax: +49 61721003099

Internetadresse: <https://www.bad-homburg.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: 06-22630029-17

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Fax: +49 6151125816

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 3cc8c932-ce0a-468f-a2ee-63b0c94a2d56 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 17

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/03/2026 16:48:56 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 165824-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 48/2026

Datum der Veröffentlichung: 10/03/2026